

Antrag 129/I/2020**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unterstützung von NGO's beim Kampf gegen Diskriminierung von LGBTI- Personen in Polen**

1 Die Mitglieder der SPD- Bundestagsfraktion, sowie die
 2 SPD- Minister*innen der Bundesregierung werden sich da-
 3 für einsetzen, dass NGO's und liberale Städte und Gemein-
 4 den bei dem Kampf gegen die „LGBT- freien Zonen“ in Po-
 5 len finanziell, personell und politisch unterstützt werden.
 6 Zusätzlich soll die Deutsche Katholische Kirche aufgefor-
 7 dert werden Einfluss auf die polnischen Katholiken, die die
 8 Homophobie unterstützen, auszuüben.

9

Begründung

10 Anfang 2019 startete die rechtskonservative Wochenzei-
 11 tung Gazeta Polska in Polen die Aktion der „LGBT- freien
 12 Zonen“. Ziel der Kampagne ist es die Toleranz gegenüber
 13 queeren Menschen abzuschaffen. Aktuell haben sich 96
 14 Gemeinden, 36 Landkreise und 4 Verwaltungszonen zur
 15 LGBT- freien Zone erklärt. Unterstützt wird die Bewegung
 16 durch die polnische Regierungspartei PiS und die katho-
 17 lische Kirche in Polen. Unter anderem vom Erzbischof von
 18 Krakau Marek Jędraszewski, der von einer neuen Seuche
 19 in den Farben des Regenbogens sprach. Der Vorsitzende
 20 der PiS Partei Jaroslaw Kaczyński sieht in der LGBTI- Be-
 21 wegung eine Bedrohung für die traditionellen polnischen
 22 Familien.

23

24
 25 Die Kritik des EU- Parlamentes oder die Aufkündigung von
 26 Städtepartnerschaften z.B. zwischen der französischen
 27 Stadt Saint Jean-de-Braye und Tuchow haben bisher nicht
 28 die erwünschten Wirkungen gezeigt. Daher sollen die libe-
 29 ralen Kräfte im Land unterstützt werden, anstatt weitere
 30 wirkungslose Sanktionen auszusprechen. Es ist wichtig zu
 31 zeigen, dass die EU weiterhin für die Akzeptanz und die
 32 Rechte der queeren Menschen einsteht.

33

34

35

36

37

38

Empfehlung der Antragskommission**Rücküberweisung an Antragsteller zwecks Überarbeitung (Konsens)****LPT I-2020: Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, FA II - EU-Angelegenheiten**

–

Gemeinsame Stellungnahme der Fachausschüsse I & II zum Antrag 129/I/2020:**Votum: Zurücküberweisung an die Antragsteller*innen. Grundsätzliche Begrüßung des Antrags, jedoch Anregung zur Überarbeitung.****Begründung:**

Auch wenn die grundsätzliche Zielrichtung des Antrags begrüßungswert ist, sehen wir Schwierigkeiten hinsichtlich der Forderung nach einer *finanziellen Unterstützung* (Z.5) von NGOs und insbesondere von Kommunen in Polen. Hervorgehoben werden sollte hingegen die *politische Unterstützung*. So erhoffen sich betroffene zivilgesellschaftliche Akteure besonders einen größeren Einsatz im Dialog (z.B. LGBT*-Themen aktiv ansprechen, Aktivist*innen im Land treffen; vgl. etwa die Stellungnahme des LSVD: <https://www.lsvd.de/de/ct/2147-haltung-zeigen-und-lsbt-hass-in-polen-deutlich-widersprechen>). Dies sollten sich sowohl Bundespolitiker*innen als auch insbesondere Kommunen, die Partnerschaften mit entsprechenden Städten und Gemeinden pflegen, zu eigen machen. Anstatt die Städtepartnerschaft mit sogenannten „LGBT-freien Zonen“ aufzukündigen bzw. einzufrieren, sollte die Partnerschaft dazu genutzt werden, die entsprechenden Kontaktpersonen auf das Thema anzusprechen und den Austausch mit ihnen sowie polnischen LGBT*-Aktivist*innen zu suchen (vgl. <https://action.allout.org/de/a/to-poland-with-love/>).

In Z.6-8 schlagen wir eine Änderung der Formulierung vor: Daneben soll an die deutsche katholische Kirche appelliert werden, Einfluss auf die katholische Kirche in Polen auszuüben und auf eine klare Distanzierung und Verurteilung der homophoben Politik zu drängen.